



»Der Staat ist nicht die Lösung«: Ronald Reagan, US-Präsident von 1981 bis 1989, als Westernheld (1953)

Jenseits von Law and Order

Ist die Republikanische Partei noch zu retten? Eine kurze Geschichte vom Aufstieg und Fall des amerikanischen Konservatismus VON MANFRED BERG

Was wird aus den Republikanern?, fragte der Schriftsteller Jelani Cobb kürzlich im *New Yorker* und erinnerte daran, dass in der US-Geschichte nicht wenige Parteien untergegangen sind. Im *Atlantic* fiel bereits das Wort von der »GOPerdämmerung«. Ohne Zweifel steckt die Grand Old Party in einer existenziellen Krise. Nach der Übernahme durch Donald Trump und ihrer Umwandlung in einen rechtsextremistischen Kampfbund fordern »prinzipientreue« Konservative, die Partei entweder zurückzugewinnen oder eine neue Mitte-rechts-Partei zu gründen. Ihre Chancen stehen schlecht. Das Mehrheitswahlrecht der USA hat dritte Parteien bislang klein gehalten. Derweil hat Trump die Republikaner fest im Griff und reklamiert den Konservatismus, wie jüngst auf der Conservative Political Action Conference, für sich.

Bei liberalen Kritikern hält sich das Mitgefühl für die »Never Trumpers« in Grenzen. Die republikanische Elite, schrieb der Wirtschaftsnoelpreisreifer und *New York Times*-Kolumnist Paul Krugman nach dem »Sturm aufs Kapitol«, habe sich jahrzehntlang mit »rassistischen Appellen« an die weiße Arbeiterklasse Mehrheiten für ihre »plutokratische Agenda« – Deregulierung und Steuersenkungen für die Reichen – gesichert und so dem »Faschisten« Trump den Weg bereitet. Krugman liegt nicht ganz falsch:

Tatsächlich hat die Misere der Grand Old Party tiefere Ursachen. Aufgewärmte Faschismustheorien aber werden der Geschichte vom Aufstieg und Fall des amerikanischen Konservatismus seit dem Zweiten Weltkrieg nicht gerecht.

Um die Mitte des 20. Jahrhunderts sahen sich die US-Konservativen zu einer kleinen, bedrängten Minderheit geschrumpft. Die Große Depression der Dreißigerjahre, die Sozialreformen des New Deal unter dem Demokraten Franklin D. Roosevelt und der Zweite Weltkrieg hatten ihre Prinzipien tiefst erschüttert: Der Glaube an den freien Markt, das Ideal einer lokalen Selbstregierung und die selbstgewählte außenpolitische Isolation waren auch in weiten Teilen der Republikanischen Partei diskreditiert. Der konservative Historiker Clinton Rossiter sprach damals vom Konservatismus als einer »undankbaren Überzeugung«, sein liberaler Kollege Arthur M. Schlesinger Jr. deklarierte selbstbewusst: »Die amerikanische politische Tradition basiert im Wesentlichen auf einem liberalen Konsens.« Der klassische europäische Konservatismus mit seiner Wertschätzung für Tradition und Autorität und seiner Skepsis gegenüber Massenkultur und Demokratie, argumentierten die führenden Intellektuellen der Nachkriegszeit, habe in den USA nie Fuß fassen können. Da Amerika weder Feudalismus noch Klassenkampf erlebt habe, sei es immer schon eine Gesellschaft der Gleichheit, der Freiheit und des Fortschritts gewesen. So etwas wie einen amerikanischen Konservatismus gebe es im Grunde gar nicht.

Was nicht in dieses Bild passte, erklärte man zur Verirrung. In seinem einflussreichen Buch über den »paranoiden Stil der amerikanischen Politik« charakterisierte etwa der Historiker Richard Hofstadter die antikommunistische Hysterie der McCarthy-Ära als »pseudokonservative Revolte«, die Statusfurcht und verschwörungstheoretische Weltbilder spiegelte, aber keine ernst zu nehmende Philosophie. Politisch gesehen war das ein Irrtum: Gerade der McCarthyismus demonstrierte das enorme Potenzial eines populistisch gewendeten Konservatismus, der das patriotische, gottesfürchtige Amerika gegen die liberalen Eliten in Politik und Kultur mobilisierte.

Auch geistig war der amerikanische Konservatismus keineswegs substanzlos. Ein intellektueller Zirkel um die 1955 von William F. Buckley gegründete Zeitschrift *National Review* arbeitete an einer »Fusion« des religiösen und moralischen Traditionalismus mit dem radikalen Individualismus der Libertären. Buckley übte scharfe Kritik an der Anpassungsbereitschaft der Republikaner, die unter Präsident Dwight D. Eisenhower (1953–1961) ihren Frieden mit dem Sozial- und Interventionsstaat des New Deal gemacht hatten. Der Herausgeber der *National Review* forderte dagegen, Konservative müssten kompromisslos für individuelle Autonomie, freie Märkte, die Rechte der Bundesstaaten sowie die Wahrung der nationalen Souveränität gegen die Anmaßungen der Vereinten Nationen eintreten.

Das Problem der US-Konservativen bestand darin, dass Libertäre, die unbeschränkte persönliche

und wirtschaftliche Freiheit propagierten, wenig mit religiösen Traditionalisten gemeinsam hatten, die den Menschen Tugend und Moral vorschreiben wollten. So war der amerikanische Konservatismus zwar kein Widerspruch in sich, aber in sich voller Widersprüche. Als Klammer bot sich das Feindbild des Kommunismus an, der die Freiheit des Einzelnen, das Christentum und die Sicherheit der USA bedrohte. Und bei allen Unterschieden teilten libertäre und religiöse Konservative die Überzeugung, dass nicht staatliche Fürsorge, sondern individuelle Tugend und harte Arbeit die Grundlage für das Glück des Einzelnen wie der Gemeinschaft seien.

Die Konturen dieser Bewegung zeichneten sich bereits in den Fünfzigerjahren ab. Ihre Hochburgen lagen im Süden, wo sich viele Weiße gegen die Abschaffung der Rassentrennung wehrten, und in den wachsenden Vorstädten des prosperierenden »Sonnengürtels« von Florida bis Kalifornien. Das lokale Rückgrat bildeten Hausfrauen und Mütter, deren Sorge der Familie galt. Und noch bevor sich die studentische Neue Linke organisierte, hob der *National Review*-Gründer Buckley 1960 die Young Americans for Freedom (YAF) aus der Taufe, deren Anhängerschaft an vielen Universitäten die der linken Students for a Democratic Society überstieg.

1964 schließlich zettelten konservative Aktivisten die offene Revolte gegen das republikanische Ostküsten-Establishment an. Ihre Galionsfigur, der libertäre Hardliner Barry Goldwater aus Arizona, verlor zwar die Präsidentschaftswahlen haushoch gegen den amtierenden Präsidenten Lyndon B. Johnson von den Demokraten, doch gab der Goldwater-Wahlkampf den Startschuss zur Generalmobilisierung der konservativen Bewegung.

Zündstoff boten die *radical sixties* genug: Die Demokraten bauten unter dem Banner der »Great Society« den Sozialstaat aus. »Vaterlandsverräter« demonstrierten gegen den Vietnamkrieg. Der Oberste Gerichtshof untersagte Schulgebete, und die linke Kulturrevolution stellte die Rassen- und Geschlechterbeziehungen auf den Kopf. Nicht einmal mit dem 1968 ins Weiße Haus gewählten Republikaner Richard Nixon wurden überzeugte Konservative glücklich, denn der machte Johnsons »big government« noch größer, kungelte mit den Erzfeinden in Moskau und Peking und versetzte der konservativen Sache 1974 durch seinen schmählichen Abgang nach der Watergate-Affäre einen herben Schlag.

Dennoch trat die konservative Bewegung in den Siebzigerjahren ihren Siegeszug an. Während die Linke ihren enttäuschten Hoffnungen hinterhertrauerte, erprobten rechte Aktivisten neue Mobilisierungstechniken wie *direct mailing* und gründeten mithilfe potenter Geldgeber Denkfabriken wie die Heritage Foundation und das libertäre Cato Institute, die dem Konservatismus wieder intellektuellen Einfluss verschafften. Steuerrebellan machten gegen hohe Grundsteuern mobil. Und die Katholikin Phyllis Schlafly organisierte eine Kampagne gegen einen Verfassungszusatz zur Gleichberechtigung der Geschlechter, weil sie die »Privilegien« der Hausfrauen und Mütter gefährdet sah.

Schlafly spielte auch eine führende Rolle im Kampf gegen das umstrittene Urteil Roe versus Wade des Obersten Gerichtshofs aus dem Jahr 1973, das ein eingeschränktes Recht auf Abtreibung festschrieb. Der Widerstand dagegen vereinte fromme Katholiken und evangelikale Protestanten zur sogenannten religiösen Rechten. Die lange Zeit eher unpolitischen Evangelikalen wurden nun zu einer tragenden Säule der konservativen Wahlkoalition. Ihre Politisierung spiegelte das Gefühl vieler christlicher Amerikaner wider, dass sie in einer säkularisierten und freizügigen Gesellschaft in die Defensive geraten seien. »Televangelists« mit eigenen Fernsehsendern erreichten ein Millionenpublikum und sammelten Millionenpenden. Der Reverend Jerry Falwell gründete 1979 die Moral Majority, die selbst ernannte moralische Mehrheit, die im Wahljahr 1980 wesentlich zum triumphalen Wahlsieg des konservativen Republikaners Ronald Reagan beitrug.

Mit Reagans Einzug ins Weiße Haus sahen sich viele Konservative am Ziel. Der Ex-Schauspieler, der in zahlreichen Western mitgewirkt hatte, verkörperte perfekt die Synthese aus traditioneller Moral, freiem Markt und militantem Antikommunismus. Die Reagan-Revolution beruhte auf einer einfachen, aber effektiven Botschaft, die der »große Kommunikator« in seiner Antrittsrede 1981 auf die Formel brachte: »Der Staat ist nicht die Lösung, er ist das Problem.« Steuersenkungen und Deregulierung sollten die Wirtschaft ankurbeln, Eigeninitiative und Unternehmergeist sollten sich wieder lohnen und hart arbeitende Amerikaner nicht länger die Zeche für einen ausufernden Sozialstaat bezahlen.

Marktradikale und kalte Krieger hatten an Reagan ihre Freude, aber von einer geistig-moralischen Wende im Sinne der religiösen Rechten konnte keine Rede sein. Der Zeigeist war neoliberal, nicht konservativ. Die Liberalisierung gesellschaftlicher Normen setzte sich ebenso fort wie der Anstieg der Einwanderung und das Ringen von Minderheiten um gesellschaftliche Teilhabe. Amerikas Triumph im Kalten Krieg schließlich bestätigte zwar das konservative Weltbild von der Überlegenheit des individualistisch-kapitalistischen Gesellschaftsmodells, doch mit dem äußeren Feind entfielen auch die ideologische Klammer des Antikommunismus und der Zwang zur überparteilichen Kooperation.

Bei den Republikanern gewannen nun Isolationisten alter Schule wieder an Einfluss, die den Rückzug aus internationalen Organisationen und Bündnissen forderten. Die sogenannten Neokonservativen, die nach den Anschlägen des 11. September 2001 die ideologische Rechtfertigung für den »globalen Krieg gegen den Terror« lieferten, waren demgegenüber Apologeten einer machtgestützten Weltpolitik und hatten wenig für die religiöse Rechte oder rechte Globalisierungskritiker übrig. »Neocons« wie Robert Kagan und David Frum warnten früh vor Trumps »faschistischen« Tendenzen.

In den Neunzigerjahren radikalisierte sich die Staatskepsis des Konservatismus weiter. Eine neue Generation von Republikanern unter Führung von Newt Gingrich, von 1995 bis 1999 Sprecher des Repräsentantenhauses, sah im Staat nicht mehr nur ein Problem, sondern den Feind der Freiheit und das Werkzeug liberaler Eliten zur Gängelung und Umkehrung des Volkes. Am äußersten rechten Rand der Gesellschaft trainierten derweil Milizen den bewaffneten Widerstand; im April 1995 ermordeten rechtsextreme Terroristen bei einem Bombenanschlag auf ein Verwaltungsgebäude des Bundes in Oklahoma City 168 Menschen.

Ein Hauptziel der US-Konservativen bestand darin, das angebliche Monopol der liberalen Medien zu brechen. Seit Mitte der Achtzigerjahre baute der Medientycoon Rupert Murdoch das Fox-Imperium zum rechten Flaggschiff auf, und der jüngst verstorbene Radiomoderator Rush Limbaugh erreichte mit vulgären Hetzreden täglich ein Millionenpublikum. Auch die Liberalen rüsteten rhetorisch auf und schufen sich ihre »Echokammern«, doch war die Breitenwirkung der konservativen Medien weitaus größer.

Bis zum Ende des 20. Jahrhunderts beruhte die Erfolgsstrategie der Republikaner darauf, alle konservativen Strömungen zu versammeln und die Mehrheit der weißen Wähler an sich zu binden. Doch angesichts des demografischen Wandels – zwischen 1960 und 2020 schrumpfte der weiße Bevölkerungsanteil in den USA von 90 auf 60 Prozent – erschien eine Öffnung unumgänglich. Der republikanische Präsident George W. Bush (2001–2009) propagierte deshalb einen »mitfühlenden Konservatismus« und bemühte sich um die für traditionelle Familienwerte empfänglichen Hispanics. Nach der Wahl Barack Obamas brach an der Basis dann regelrecht Panik aus. Der erste afroamerikanische Präsident wurde zur Projektionsfläche wilder Verschwörungsfantasien: Ein angeblich nicht in den USA geborener heimlicher Muslim schicke sich an, das Land in den Sozialismus zu führen!

Dass die Republikaner im Kongress kompromisslose Obstruktion gelobten, bewahrte das GOP-Establishment nicht vor dem Furor der Rechtspopulisten. Die Tea-Party-Bewegung – benannt nach der Boston Tea Party von 1773 während der Amerikanischen Revolution – machte Front gegen die lauwarmer Rinos (*Republicans in name only*) und brachte die Partei auf Rechtskurs. Als Organisation war die Tea Party kurzlebig, aber ihre Massengefolgenschaft unter den Wählern hatte nachhaltige Folgen: Sie ermöglichte den Aufstieg Donald Trumps. Weder libertär noch traditionell konservativ, profitierte er von der jahrzehntelangen Radikalisierung der Partei, die längst nichts mehr mit dem »mäßigen« und kompromissbereiten Geist des wahren Konservatismus gemein hat, den Richard Hofstadter einst vom paranoiden Wahn des McCarthyismus abgrenzte.

Kurz nach Trumps Wahl 2016 forderten die Politikwissenschaftler Steven Levitsky und Daniel Ziblatt in ihrem Bestseller *Wie Demokratien sterben* die Republikanische Partei auf, sich nach dem Vorbild der deutschen CDU als gemäßigte Kraft der rechten Mitte neu zu erfinden und klar von den Extremisten

Jetzt am Kiosk!



Oder gratis lesen:
www.zeit.de/zg-heft

abzugrenzen. Falls dieser Kraftakt misslinge, drohe der amerikanischen Demokratie ernsthafte Gefahr. Doch die Republikaner versuchten es erst gar nicht. Spätestens mit dem »Sturm aufs Kapitol« im Januar 2021 kam die Stunde der Wahrheit.

Zu einer Umkehr führte das nicht: Wer, wie der konservative Politikwissenschaftler Andrew Bacevich, gehofft hatte, eine Wahlniederlage Trumps könnte eine »Entgiftung« der Republikanischen Partei bewirken, sieht sich enttäuscht. Die verbliebenen »prinzipientreuen« Konservative hoffen trotz allem darauf, dass sich die Grand Old Party auf ihre Traditionen besinnt: darauf, dass die Partei Lincolns dem rassistischen Ressentiment abschwört; darauf, dass die Partei Ronald Reagans wieder zum »großen Ziel« wird, unter dem Anhänger fiskalischer Disziplin ebenso Platz finden wie religiöse Konservative. Doch sind die Republikaner schon lange nicht mehr die Partei Abraham Lincolns oder Ronald Reagans. Sie sind die Partei Donald Trumps, dessen Anhänger unter Konservatismus die Bereitschaft verstehen, den traditionellen American Way of Life und die weiße Hegemonie mit allen Mitteln, einschließlich gewalttätiger Rebellion, zu verteidigen. Ob der Konservatismus in den USA noch eine Zukunft als respektable demokratische Kraft hat?

Das ist eine offene Frage.

Manfred Berg ist Professor für Amerikanische Geschichte an der Universität Heidelberg